ALTAUTOS

Gratis-Verschrottung

M. SCHARNBERG / PLUS 49 / VISUM

Auto-Schrotthalde

Bundesregierung und Automobilindustrie haben sich über die Umsetzung der lange umkämpften EU-Altfahrzeugrichtlinie in nationales Recht geeinigt. Danach übernehmen künftig Autohersteller und -importeure die vollen Kosten für Entsorgung und Recycling ihrer Altfahrzeuge. Nach der europäischen Regelung wäre auch eine Aufteilung der Verschrottungskosten – in Deutschland geschätzte 19 Milliarden Mark bis 2030 – zwischen Hersteller und Autohalter zulässig gewesen. Die jetzt vorgesehene Umsonst-Regelung, welche die Autoindustrie zur Produktion recyclingfreundlicher Fahrzeuge veranlassen soll, wird allerdings erst 2007 für alle Autos in Kraft treten. Die Einigung über das Altautogesetz kam nach einem Spitzengespräch des grünen Umweltstaatssekretärs Rainer Baake mit Vertretern der Autoindustrie in der vorvergangenen Woche zustande. Vergangenen Freitag gab auch Kanzler Gerhard Schröder grünes Licht – zur Beruhigung des grünen Umweltministers Jürgen Trittin, der im Sommer 1999 von Schröder mit Entlassungsdrohungen gezwungen worden war, die Altautorichtlinie in Brüssel zu blockieren.

DPA

Ehepaar Biedenkopf

AFFÄREN

Ingrid entscheidet

Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) gerät durch die Rundumversorgung der Seinen immer stärker in Bedrängnis. Am Mittwoch wird eine Arbeitsgruppe der Staatsregierung dem Landtag einen Bericht zur möglichen Verquickung von privaten und dienstlichen Belangen des Ministerpräsidenten vorlegen. Staatskanzleichef Georg Brüggen initiierte die Arbeitsgruppe, nachdem bekannt geworden war, dass Biedenkopf und seine Ehefrau Ingrid äußerst günstig im Gästehaus der Landesregierung wohnten, das vom Land bezahlte Dienstpersonal nutzten und dort zeitweise auch Familienangehörige beherbergten. So wohnten in dem Anwesen im Dresdner Nobelstadtteil Loschwitz unter anderem Ingrids Kinder aus erster Ehe.

Für deren Sonderbehandlung sorgte die Mutter. Ein interner Regierungsvermerk vom Juni 1994 hält fest: „Die Entscheidung über die Belegung des Hauses wird bis heute durch Frau Biedenkopf getroffen.“ Aus dem Papier geht auch hervor, dass die Premiersfrau eine vom Finanzministerium beabsichtigte Mieterhöhung verhinderte. Schon 1992 wollten die Beamten den Mietzins anheben, allerdings noch weit unter der ortsüblichen Vergleichsmiete. Zudem war eine Staffelung nach „Lage und Ausstattung der Räume“ vorgesehen. Vergeblich: Nach Auffassung von Frau Biedenkopf, so hielten die Beamten fest, lägen die gezahlten Mietpreise bereits „im oberen Bereich des Zulässigen“.

GRÜNE

Diskutieren im Wahlkampf

Den Grünen steht eine neue Debatte über das Grundsatzprogramm ins Haus – womöglich bis ins Wahljahr 2002 hinein. Die Bundestagsabgeordnete Christa Nickels will den für November geplanten Beschluss über das seit der Parteigründung 1980 fällige Grundsatzprogramm erneut verschieben. Begründung: Nach zehn Jahren „Debattenverweigerung“ herrsche bei den Mitgliedern eine „tief sitzende Verunsicherung“, so Nickels in einem Antrag für den Parteitag der NRW-Grünen am kommenden Wochenende in Bielefeld. Eine Programmdebatte sei in einem halben Jahr nicht zu schaffen. NRW-Parteichef Frithjof Schmidt gibt zu, dass Nickels’ Antrag „breites Unbehagen“ der Basis mit der bisherigen Programmdiskussion widerspiegele. Schmidt räumt Nickels zwar nur „eine kleine Chance“ ein, den mächtigen Landesverband auf ihre Seite zu bekommen. Dennoch muss die Berliner Grünen-Spitze den Antrag fürchten, weil Nickels im Interesse eines „inhaltlich gefüllten Wahlkampfs“ die Debatte lieber im Wahljahr 2002 führen will.